

Lehramt und Lehrautorität in der evangelischen Kirche

Lohse, Eduard

Veröffentlicht in:
Abhandlungen der Braunschweigischen
Wissenschaftlichen Gesellschaft Band 41, 1989,
S.39-54



Verlag Erich Goltze KG, Göttingen

Lehramt und Lehrautorität in der evangelischen Kirche

Von **Eduard Lohse**, Göttingen

(Eingegangen am 14. 4. 1989)

Auf dem Augsburger Reichstag trugen im Jahr 1530 Fürsten und Vertreter freier Reichsstädte, die sich der Reformation geöffnet und ihr Kirchenwesen neu zu gestalten angeschickt hatten, in feierlicher Erklärung vor, was bei ihnen einmütig gelehrt und als christliche Verkündigung festgehalten wird. Es sei – so wird am Ende ausdrücklich versichert – darin weder in der Lehre noch in den kirchlichen Ordnungen etwas enthalten, das der Heiligen Schrift oder der allgemeinen christlichen Kirche entgegenstehe. Sei es doch allgemein und öffentlich bekannt, daß die Evangelischen mit allem Fleiß und mit Gottes Hilfe verhütet haben, daß ja keine neue und gottlose Lehre in die Gemeinden eindringe, in ihnen einreißt und überhandnehme. Der Inhalt rechter Lehre, die im wohl verstandenen Sinn als wahrhaft katholisch zu bezeichnen nicht unangemessen erscheinen dürfte, wird in 28 Artikeln entfaltet, indem zunächst in kürzer gefaßten Sätzen die Grundaussagen christlichen Glaubens dargeboten werden und dann in ausführlicher gehaltenen Abschnitten von Mißständen und Mißbräuchen gehandelt wird, die um des Evangeliums und der Lehre der Christenheit willen abzustellen dringlich geboten ist. Von falschen Auffassungen und häretischen Meinungen werden diese Darlegungen jeweils abgegrenzt, indem in Aufnahme der gemeinchristlichen Überlieferung die im Lauf der Kirchengeschichte aufgetretenen und abgewehrten Irrlehren sorgfältig angeführt und abgewiesen werden, um auch auf diese Weise den gemeinchristlichen Charakter evangelischer Lehre darzutun.

Wie das Amt der Lehre in der evangelischen Kirche verstanden und die Lehrautorität in der Praxis ihres Lebens ausgeübt wird, ließe sich des näheren anhand einer Betrachtung der Augsburger Konfession ausführen. Wenngleich sie nicht in allen evangelischen Kirchentümern in allgemein anerkannter Geltung steht, so darf sie doch mit Fug als Grundbekenntnis der Reformation betrachtet werden, obwohl bestimmte Besonderheiten reformierter Lehre im einzelnen zu würdigen sind. Im folgenden wird mehrfach auf dieses Bekenntnis Bezug zu nehmen sein. Doch muß sowohl auf Veränderungen geachtet werden, die reformatorisches Verständnis von Lehramt und Lehrautorität im Verlauf von mehr als 450 Jahren Geschichte erfahren hat, wie auch von der gegenwärtigen Situation gesprochen werden, deren tatsächliche Wirklichkeit am hohen Anspruch von Schrift und Bekenntnis gemessen und kritisch beurteilt sein will. Um der Vielfalt der Erscheinungen, aber auch der Komplexität der Probleme einigermaßen gerecht werden zu können, sei daher der Bezug auf die Augsburger Konfession zum Ausgangspunkt genommen, um in vier Abschnitten die mit unserer Thematik verknüpften Fragenkreise zu erörtern. Dabei soll zuerst dargetan werden, wie Inhalt und Auftrag kirchlicher Lehre nach evangelischem Verständnis zu bestimmen sind. Sodann

ist zu zeigen, wer in der evangelischen Kirche das Amt der Lehre auszuüben hat. Des weiteren ist davon zu handeln, wie die Aufsicht über den Vollzug der Lehre in der evangelischen Kirche wahrgenommen wird. Und schließlich ist von der kritischen Scheidung zu sprechen, die durch Beanstandung falscher Lehre vorgenommen wird, und dabei zu beschreiben, auf welche Weise der der Kirche gestellte Auftrag verstanden und erfüllt wird, der aus dem Wort Gottes folgenden Lehrautorität Raum und Gehör zu schaffen.¹⁾

I.

„Gottes Wort soll Artikel des Glaubens stellen und sonst niemand, auch kein Engel“ – so formuliert Luther in prägnanter Kürze in den Schmalkaldischen Artikeln (II, 5).²⁾ Was Gottes Wort sei und worin sein Inhalt bestehe, ist ausschließlich der Heiligen Schrift zu entnehmen. „Das Bekenntnis der Kirche“ – um es mit W. Pannenberg zu sagen – „schafft keine neuen Artikel des Glaubens, sondern bekennt nur den in der Schrift bezeugten Glauben an das Evangelium.“³⁾ Dabei sind sich die Reformatoren dessen bewußt, daß in den einzelnen biblischen Büchern durchaus auf verschiedene, bisweilen sogar spannungsvolle Weise das Wort Gottes ausgerichtet wird. Nicht durch Summierung einer Vielzahl von biblischen Sätzen kann daher angemessen beschrieben werden, welche Inhalte das Wort Gottes umfaßt, sondern dieses will als die Mitte der Schrift bestimmt werden, die in deren vielgestaltigen Aussagen vorausgesetzt wird und den Chor ihrer Stimmen zusammenhält. Luther gibt dieser Überzeugung Ausdruck, indem er erklärt: Evangelium ist „nichts anders, denn ein predig und geschrey von der genad und barmhertzigkeytt Gottis, durch den herren Christum mit seynem todt verdient und erworben. Und ist eigentlich nicht das, das ynn büchern stehet und ynn buchstaben verfasset wirt, sondernn mehr eyn mundliche predig und lebendig wortt, und eyn stym, die da ynn die gantz welt erschallet und offentlich wirt außgeschryen, das mans ublich höret“ (WA XII, 259).

Die Aufgabe aller Theologie, die den Inhalt der Lehre des Evangeliums zu bedenken hat, hat Martin Luther in einer knappen Definition so beschrieben: „Cognitio Dei et hominis est sapientia divina et proprie theologica et ita cognitio Dei et hominis, ut referatur tandem ad Deum iustificantem et hominem peccatorem, ut proprie sit subiectum Theologiae homo reus et perditus et Deus iustificans vel salvator. Quicquid extra hoc subiectum in Theologia quaeritur aut disputatur, est error et venenum“ (WA 40 II, 328). Wenn das Thema der Theologie dahin bestimmt wird, daß sie von der Verlorenheit des Menschen vor Gott und Gottes gnädiger Rechtfertigung des Sünders zu handeln hat, so wird damit nicht die Position einer Konfessionskirche oder einer theologischen Schule beschrieben. Sondern es ist die Überzeugung der Reformatoren, daß mit dieser Bestimmung Kern und Gehalt einer jeden Lehre und Theologie genannt sind, die sich als christlich versteht und bezeichnet. Zwischen Wittenberg und Genf gibt es jedenfalls in dieser Auffassung und der so bestimmten Aufgabe theologischer Reflexion über die kirchliche Lehre keinen Meinungsunterschied. Das Zeugnis der ganzen Schrift gewinnt im Artikel von der Rechtfertigung seine schlechthin bestimmende Mitte,

so daß der reformierte Theologe Amandus Polanus – durchaus im selben Sinne, wie es die eben genannten Sätze Luthers sagten – erklären kann: „*Illa autem (interpretatio) consentit cum sacra scriptura, quae omnem laudem salutis nostrae aeternae in solidum Deo tribuit et homini prorsus adimit; illa vero non consentit cum sacra scriptura, quaecumque vel minimam partem gloriae salutis aeternae homini adscribit.*“⁴⁾

Kirchliche Lehre ist somit allein auf das Zeugnis der Heiligen Schrift gegründet. Dieses aber findet seinen zusammenfassenden Ausdruck im Zuspruch des Evangeliums, das dem verlorenen Sünder um Christi willen die befreiende Rechtfertigung zusagt. Nicht anders als im vertrauenden Glauben kann diese Botschaft angemessen beantwortet werden. Wenngleich die Konkordienformel nur in einem Teil der von der lutherischen Reformation geprägten Territorien amtliche Anerkennung gefunden hat, so können doch ihre einleitenden Sätze als Ausdruck der Überzeugung bewertet werden, die überall in der evangelischen Kirche geteilt wird. Darin wird „von dem summarischen Begriff, Regel und Richtschnur“ gehandelt, „nach welcher alle Lehr geurteilt und die eingefallene Irrungen christlich erklärt und entscheiden werden sollen“: „Wir glauben, lehren und bekennen, daß die einige Regel und Richtschnur, nach welcher zugleich alle Lehren und Lehrer gerichtet und geurteilt werden sollen, sind allein die prophetischen und apostolischen Schriften Altes und Neuen Testaments. . . Andere Schriften aber der alten oder neuen Lehrer, wie sie Namen haben, sollen der Heiligen Schrift nicht gleich gehalten, sondern alle zumal miteinander derselben unterworfen und anders oder weiter nicht angenommen werden, dann als Zeugen, welchergestalt nach der Apostel Zeit und an welchen Orten solche Lehre der Propheten und Apostel erhalten worden.“⁵⁾

Diese reformatorische Position mußte gegen die Einrede der Altgläubigen verteidigt werden, aus der Vielfalt der biblischen Aussagen könne letztlich nur durch ein leitendes Lehramt die für die Kirche verbindliche Lehre erhoben werden. In Auseinandersetzung mit diesem Einwand entwickelte die altprotestantische Orthodoxie die Auffassung von der Verbalinspiration aller biblischen Schriften, um mit Hilfe dieser Theorie die Klarheit und fehllose Eindeutigkeit aller biblischen Aussagen behaupten zu können. Als unvermeidliche Konsequenz dieser Theorie stellten sich jedoch ein verengtes Verständnis von rechter Lehre, eine mit Hilfe der jeweiligen Obrigkeit streng durchgeführte Lehraufsicht und eine Erstarrung von Verkündigung und Unterweisung ein. Dieses System, das bis in feine Verästelungen des ihm entsprechenden Verständnisses von Schrift und kirchlicher Lehre hinein ausgeführt wurde, konnte den kritischen Fragen, die die Aufklärung zu stellen begann, auf Dauer nicht widerstehen.

Als die Einsichten, die eine sich mehr und mehr durchsetzende historisch-kritische Interpretation der biblischen Bücher eröffnete, an Überzeugungskraft gewannen, zerbrach der von der Orthodoxie entworfene Rahmen, in den als ein vermeintlich sicheres Gerüst die Lehre der Kirche hatte eingefügt werden sollen. Konnte katholische Theologie angesichts dieser veränderten Situation mit neuen Argumenten darauf hinweisen, daß letzte Entscheidungen über Inhalte der Lehre durch das kirchliche Lehramt zu treffen seien, so mußte in der evangelischen Kirche eine eingehende Erörterung darüber angestellt werden, wie die ihr aufgetragene Verkündigung angemessen zu bestimmen

ist. Dabei konnte die liberale Antwort, die auf verbindliche Lehrinhalte mehr oder weniger gänzlich verzichten wollte, auf die Dauer nicht zureichen.

In den Auseinandersetzungen, die während des Kirchenkampfes zu vollziehen waren, setzte eine erneute Besinnung auf das überkommene reformatorische Bekenntnis ein und fand ihren deutlichsten Ausdruck in der Theologischen Erklärung von Barmen, die in ihrer ersten These den Inhalt der der Kirche aufgetragenen Verkündigung mit den Worten zusammenfaßt: „Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.“ Diese Position wird durch den folgenden Satz, in dem falsche Lehre verworfen wird, präzisiert. Damit ist in Zustimmung wie Ablehnung definiert, was aus dem vielfältigen Zeugnis der Schrift als Inhalt aller kirchlichen Lehre vernommen wird. Wiederum ist diese Feststellung in dem Bewußtsein getroffen, daß ausgesagt werden soll, was Inhalt und Auftrag kirchlicher Verkündigung schlechthin ausmacht. Wie die Reformation so weiß sich auch die Bekennende Kirche von Barmen beauftragt und verpflichtet, die Lehre der einen heiligen und apostolischen Kirche zu bezeugen und zu verkündigen.

Die erneute Besinnung auf das geschichtlich überkommene Bekenntnis der Kirche, dessen aktuelle Bedeutung es zu erheben und zu vertreten galt, erfuhr durch vertiefte Einsichten, die die kritische Bibelwissenschaft gewann, verstärkende Unterstützung. Denn formgeschichtliche Untersuchungen der neutestamentlichen Schriften, insbesondere der Briefliteratur, konnten zeigen, daß die mündliche Lehre der ersten Christenheit, die der schriftlichen Fixierung ihrer Verkündigung vorausging, von fest formulierten Sätzen des gemeinchristlichen Bekenntnisses getragen war. So schreibt Paulus an die Gemeinde in Rom: „Wenn du mit deinem Munde bekennst, daß Jesus der Herr ist, und in deinem Herzen glaubst, daß Gott ihn von den Toten auferweckt hat, so wirst du gerettet“ (Röm. 10, 9). Die streng parallel gehaltene Struktur der beiden Vordersätze zeigt, daß der Inhalt des Glaubens im verbindlich ausgesprochenen Bekenntnis bezeugt wird. Dieses aber lautet: Kyrios Jesus – Gott hat ihn von den Toten auferweckt. Die Botschaft von der Auferstehung Jesu Christi von den Toten wird nicht als eine Nachricht mitgeteilt, deren Gehalt sich durch prüfende Diskussion ergründen ließe, um dann abzuwägen, ob man ihr vertrauen kann oder nicht. Sondern in der Verkündigung des Evangeliums wird Jesus als der Herr ausgerufen, und das heißt: Gott hat ihn von den Toten auferweckt. Allein der Glaube ist imstande, diesen Zuspruch in der gebotenen Weise aufzunehmen und im bekennenden Amen zu beantworten.

In den urchristlichen Bekenntnisaussagen wird nicht ein auf feste Formeln gebrachter Wortlaut unverändert weitergereicht und ständig wiederholt. Vielmehr wird in einer reichen Vielfalt unterschiedlich formulierter Sätze das Grundbekenntnis „Kyrios Jesus“ – „Gott hat ihn von den Toten auferweckt“ entfaltet und seinem Inhalt nach erläutert. Die Bekenntnisformel, auf die der Apostel Paulus sich in seinem nach Korinth gerichteten Schreiben mit dem Hinweis bezieht, diese Fassung des Evangeliums habe er bereits übernommen und so habe er sie ihnen weitergegeben, nennt Kreuz und Auferstehung Jesu Christi als den einen, einzigen Grund des Heils: für unsere Sünden gestorben – als der Lebendige erschienen und von den Zeugen verkündigt (1. Kor. 15,

3–5). In der lehrhaften Formulierung, mit der Paulus zu Eingang des Römerbriefes den Inhalt gemeinchristlichen Bekenntnisses angibt, sind nicht Kreuz und Auferstehung, sondern – dem urchristlichen Hymnus Phil. 2, 6–11 vergleichbar – Erniedrigung und Erhöhung Christi einander gegenübergestellt: geboren aus dem Geschlecht Davids nach dem Fleisch – nach dem heiligen Geist eingesetzt als Sohn Gottes in Kraft durch die Auferstehung von den Toten (Röm. 1, 3 f.). Doch unbeschadet der Vielgestaltigkeit, in der der Inhalt urchristlichen Bekenntnisses ausgesprochen wird, geht es in allen lehrhaften Wendungen, die als kurzgefaßter Ausdruck kirchlicher Lehre in den neutestamentlichen Schriften angeführt werden, stets allein darum, das „solus Christus“ zu beschreiben. Er ist der Kyrios, und das heißt: nicht irgendein Herr, sondern der Herr aller Herren und König aller Könige. Alle Hoheitstitel, die die alte Welt zur Bezeichnung des endzeitlichen Retters kannte, werden auf ihn übertragen, um damit zu bezeugen, daß alle Erwartungen in seinem Sterben und Auferstehen erfüllt sind – wenn auch durch die Erfüllung die verschiedenartigen Ausprägungen endzeitlicher Hoffnung an wesentlichen Punkten korrigiert werden.

Können die hiermit angedeuteten Einsichten, die neuere Erforschung der neutestamentlichen Schriften gewonnen hat, nicht im einzelnen verfolgt werden, so dürften doch die wenigen Hinweise und Andeutungen ausreichen, um zu erkennen, daß das vielfältige, teilweise spannungsvolle Zeugnis der Schrift im Christusbekenntnis seine Mitte und seinen zentralen Inhalt findet. Insofern kann kirchliche Lehre auch unter den veränderten Bedingungen, die die Neuzeit und insbesondere die historisch-kritische Interpretation der biblischen Texte heraufgeführt haben, mit Recht und mit neu gefaßter Begründung die reformatorische These vertreten, Gottes Wort solle Artikel des Glaubens stellen und sonst niemand.

II.

Wer aber ist beauftragt und gehalten, diese der Kirche aufgegebenen Lehre auszurichten, darüber zu urteilen, ob sie in der aktuellen Verkündigung in gebotener Weise zu Wort kommt oder nicht, und gegebenenfalls Lehre zu beanstanden und die erforderlichen Korrekturen vorzunehmen? Die Augsburgische Konfession erklärt, Gott habe das Predigtamt eingesetzt, das Evangelium und die Sakramente gegeben, damit wir zum Glauben kommen (Artk. 5). Denn durch diese Mittel gebe Gott den Heiligen Geist, der bei denen, die das Evangelium hören, den Glauben schafft, wo und wann er will (ebda.). Und in lapidarer Kürze wird vom kirchlichen Amt gelehrt, „daß niemand in der Kirche öffentlich lehren oder predigen oder Sakrament reichen soll ohn ordentlichen Beruf“ (Artk. 14). *Nemo nisi rite vocatus* – diese Ordnung ist verbindlich. Dabei wird das kirchliche Lehramt vom rechten Verständnis des Wortes Gottes her begriffen. Denn das Amt der Kirche ist ausschließlich darauf ausgerichtet, das ihm auftragene Wort Gottes zu bezeugen. Hat doch allein dieses – und nicht eine nach menschlicher Ordnung eingerichtete Institution – Artikel des Glaubens zu setzen.

Nach dem Verständnis der evangelischen Kirche ist somit das in ihr ausgeübte Lehramt identisch mit dem Predigtamt. Es ist nicht nur einem bestimmten Kreis von Amts-

trägern – wie den Bischöfen – vorbehalten, sondern jeder Prediger des Evangeliums steht in der Verantwortung, seiner Gemeinde die rechte Botschaft des Evangeliums auszurichten und dabei den zentralen Aussagegehalt der Heiligen Schrift ihr darzubieten. Dabei weiß er sich in die Gemeinschaft aller Prediger hineingestellt, mit denen er die eine gute Nachricht weiterzugeben und zuzusprechen hat. Durch diese Gemeinschaft wird die unverwechselbar von ihm zu verantwortende Verkündigung mitgetragen, so daß sein Wort, für das er vor seiner und für seine Gemeinde einzustehen hat, zugleich in dieser und vor dieser Gemeinschaft zu verantworten und gegebenenfalls zu korrigieren ist.

Der Auftrag, auf die sachgemäße Ausrichtung kirchlicher Lehre achtzuhaben, bindet Amt und Gemeinde zusammen. Weil die Gemeinde, die der vom Pfarrer ausgerichteten Verkündigung zuhört, auf dessen Predigt „Amen“ sagen und damit ihre Zustimmung erklären soll, ist die Aufgabe, über rechte Lehre zu urteilen, nicht nur Sache der ordinierten Amtsträger, sondern zugleich der ganzen Gemeinde. Darüber zu wachen, daß rechte Lehre ausgerichtet wird, ist somit allen Gliedern der Gemeinde aufgetragen, die kraft des Priestertums aller Gläubigen die ihnen durch die Taufe zugeeignete Verantwortung wahrzunehmen und auszuüben haben.

In einer kurzen Schrift, die er 1523 verfaßt hat, handelt Martin Luther davon, „daß eine christliche Versammlung oder Gemeinde Recht und Macht habe, alle Lehre zu urteilen und Lehrer zu berufen, ein- und abzusetzen. Grund und Ursach aus der Schrift“ (WA XI, 408–416). Eine christliche Gemeinde – so wird ausgeführt – ist daran zu erkennen, daß in ihr das lautere Evangelium gepredigt wird. Die Praxis jedoch, nur den Bischöfen, Gelehrten und Konzilien sei es vorbehalten, über die Lehre zu urteilen, ist durch Menschenwort und Menschenlehre gesetzt. Christus habe allen Christen in der Gemeinde Recht und Macht gegeben, über die Lehre zu urteilen, hat er doch gesprochen: „Meine Schafe kennen meine Stimme“ (Joh. 10, 27), bzw. „meine Schafe folgen dem Fremden nicht, sondern fliehen vor ihm, denn sie kennen nicht der Fremden Stimme“ (Joh. 10, 5). Luther folgert aus diesen Schriftworten: „Hie sihestu yhe klar, wes das recht ist, tzu urteylen die lere: Bischoff, Babst, gelerten und yederman hat macht zu leren, aber die schaff sollen urteylen, ob sie Christus stym leren odder frembden stym“ (409). Evangelien wie auch Briefe des Neuen Testaments legen dar, daß die Gemeinde Recht und Macht hat über alle Lehre zu urteilen, ja mehr: „Alßo schließen wyr nu, das wo eyn Christliche gemeyne ist, die das Evangelion hatt, nicht alleyne recht und macht hatt, sondern schuldig ist bey der seelen selickeyt yhre pflicht nach, die sie Christo ynn der tauffe gethan hatt, zu meyden, tzu fliehen, abzusetzen, sich zu entziehen von der uberkeyt, so die itzigen Bischoff, Ept, Klosterstift und yhr gleychen treyben, weyl man offentlich sihet, das sie widder gott und seyn wortt leren und regiren“ (411).

Wenn die vorhandenen Amtsträger ihre Aufgabe nicht erfüllen, rechte Lehre auszurichten, dann – so folgert Luther – möge die Gemeinde, die das Evangelium hat, „unter sich selbs erwelen und beruffen, der an yhrer stad das wort lere“ (413). Die damit aufgerichtete Notordnung hebt nicht die Regel auf, nach der üblicherweise Amtsträger und Prediger zu bestellen sind. Aber sie trägt dafür Sorge, daß angesichts offensicht-

licher Vernachlässigung rechter Verkündigung dem Mangel abgeholfen und rechte Predigt des Evangeliums wiederhergestellt wird. Auf diese Notordnung, wie Luther sie hier beschreibt, bezieht sich 1537 auch Melanchthon in seinem „Tractatus de potestate papae“, in dem er ausführt: Sofern Bischöfe der ihnen obliegenden Pflicht nicht nachkommen, Prediger des Evangeliums zu bestellen, da habe eine jede Gemeinde bzw. Kirche (ecclesia) das Recht, ihre Amtsträger selbst zu berufen, zu wählen und zu ordinieren. Denn wo rechte Kirche ist, da hat sie auch die Befugnis, Amtsträger zu bestellen. Kann doch notfalls auch ein schlichter Laie Absolution erteilen und damit als Pfarrer amtieren.⁶⁾ Eine stattliche Zahl führender reformatorischer Theologen hat durch ihre Unterschrift ihre Zustimmung zu Melanchthons Ausführungen bekräftigt, so daß diese als repräsentativer Ausdruck evangelischer Lehre angesehen werden dürfen.

Wo und wenn ein besonderer – von Luther und Melanchthon beschriebener – Notstand nicht gegeben ist, sollen Prediger in der geordneten Weise von den Bischöfen als Träger des kirchenleitenden Amtes eingesetzt werden – doch niemals ohne vorher eingeholte Bestätigung von Seiten der Gemeinde. Dieser Ordnung entsprechend wird in den evangelischen Kirchen bis heute verfahren, indem entweder ein Pfarrer durch den Kirchenvorstand einer Gemeinde gewählt und durch die Kirchenleitung bestätigt und berufen wird oder umgekehrt, daß die Kirchenleitung einen Pfarrer präsentiert und die Gemeinde durch ihr gewähltes Leitungsorgan ihre ausdrückliche Zustimmung erklärt: „Wem das predig ampt aufgelegt wird“ – so stellt Luther am Ende seiner Schrift noch einmal heraus –, „dem wirt das hohist ampt aufgelegt ynn der Christenhey“ (415).

Auch für Calvin sind die lautere Predigt des Evangeliums und die rechte Verwaltung der Sakramente „die entscheidenden Merkmale, an denen die Kirche zu erkennen ist“.⁷⁾ Denn weil die Kirche aus dem verkündigten Wort lebt, „ist der Dienst an diesem Wort ihr Auftrag und ihre Vollmacht“.⁸⁾ Der Kirche ist durch das Wort der Heiligen Schrift Auftrag und Inhalt der von ihr auszurichtenden Verkündigung vorgegeben; sie hat daher nicht das Recht, „eine neue Lehre oder ein neues Dogma zu verkünden“.⁸⁾ Die in ihr wirkenden Hirten und Lehrer, „ohne die die Kirche zu keiner Zeit sein kann“ (Inst. IV 3, 4), haben dieses der Kirche aufgebene Lehramt auszuüben und so zu führen, daß die Gemeinde den rechten Gehalt ihrer Lehre an der Schrift nachprüfen und gegebenenfalls aus dem biblischen Wort beanstanden kann.

Jeder Prediger, der in der evangelischen Kirche zum Amt der Verkündigung und Lehre bestellt wird, übernimmt bei seiner Ordination die Verpflichtung, „das Evangelium von Jesus Christus zu predigen, wie es in der Heiligen Schrift gegeben und im Bekenntnis unserer (evangelisch-lutherischen) Kirche bezeugt ist“, sowie „die Sakramente ihrer Einsetzung gemäß zu verwalten“.⁹⁾ Ist er hinsichtlich der konkreten Ausrichtung des ihm erteilten Predigtauftrages an keinerlei Weisungen, sondern ausschließlich an den bei der Ordination übernommenen Auftrag gebunden, so übt er doch sein Amt in der Gemeinschaft aller derer aus, die zusammen mit ihm rechte Lehre in den Gemeinden zu verkündigen haben. Er hat somit auf den *magnus consensus de doctrina evangelii* zu achten, in dem christliche Predigt ihren Ort hat. Dabei darf er sich freilich nicht der Täuschung hingeben, als ob es nur um den Konsens als solchen ginge. Denn eine große Mehrheit kann durchaus dem Irrtum verfallen und eine kleine Minderheit

kann Zeuge der Wahrheit sein. Wohl aber kommt es darauf an, den Zusammenhalt rechter Bezeugung der froh und frei machenden Botschaft des Evangeliums zu wahren. W. Pannenberg stellt daher mit Recht fest: „Der Konsensus kirchlicher Lehre hat sein Gewicht erst als consensus de doctrina evangelii.“¹⁰⁾

In diesem Sinne betont die Augsburgische Konfession mit starkem Nachdruck, daß im magnus consensus in den reformatorischen Kirchen die rechte, der Kirche von jeher aufgetragene Lehre ausgerichtet wird. Auf diesen consensus de doctrina evangelii wird jeder ordinierte Amtsträger verpflichtet, so daß er damit zugleich Bindung und Freiheit zur Führung seines Amtes empfängt, sagt ihm doch die Kirchenleitung zu, ihn hinsichtlich der von ihm zu verantwortenden Führung seines Amtes in seinen Rechten in gebotener Weise zu schützen. Ist damit vorgezeichnet, in welcher Weise das übernommene Lehramt zu führen ist, so ist zugleich angegeben, an welchem Inhalt, den gewissenhaft zu vertreten zugesagt worden ist, der spätere Vollzug von Predigt und Unterweisung zu messen und gegebenenfalls kritisch zu beurteilen ist. Auf diesen Inhalt rechter Bezeugung des Evangeliums wird – wenn auch mit allgemein gehaltenen Worten – auch ein promovierter Doktor der Theologie verpflichtet, indem er zuzusagen hat, „die christliche Wahrheit gemäß dem Evangelium in Lehre und Leben gewissenhaft zu vertreten“.¹¹⁾

Ein evangelischer Prediger und Lehrer der Kirche würde die Freiheit evangelischer Verkündigung von Grund auf mißverstehen, wenn er diese als Beliebigkeit seiner Urteilsbildung mißdeuten und sein Wort nicht mehr der ständigen Prüfung am Zeugnis der Heiligen Schrift aussetzen würde. Er bleibt gehalten, den Auftrag zu kirchlicher Lehre stets so zu verstehen, daß die Gemeinde „Amen“ sagen kann und nicht begründeten Widerspruch gegen seine Verkündigung geltend machen muß. Wie in manchen anderen Kirchenordnungen so wird daher im ersten Artikel der Verfassung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers – vor allen anderen, diesem Satz folgenden Bestimmungen – festgestellt: „Für die Erhaltung und Förderung der rechten Verkündigung des Wortes Gottes und der stiftungsgemäßen Darreichung der Sakramente sind die Landeskirche und die Kirchengemeinden mit allen ihren Gliedern, Amtsträgern und Organen verantwortlich.“¹²⁾ Sie haben – jeder an seinem Ort – miteinander und füreinander dafür einzutreten, daß die der ganzen Kirche aufgetragene Lehre des Evangeliums dem Zeugnis der Heiligen Schrift entsprechend ausgerichtet wird.

III.

Wird der magnus consensus de doctrina evangelii im Vollzug des Predigtdienstes, den die ordinierten Amtsträger in der Gemeinschaft des ihnen gestellten Auftrags zu verrichten haben, immer wieder bewußt gemacht und dadurch zugleich als Korrektiv der vom einzelnen Pfarrer ausgerichteten Verkündigung wirksam, so bleibt dieser doch in der Erfüllung der ihm gestellten Aufgabe in besonderer Weise denen Rechenschaft schuldig, die sie ihm übertragen haben. Die evangelische Kirche hat daher von Anfang an dafür Sorge getragen, daß eine klare Ordnung der Leitung und Aufsicht über den in den Gemeinden versehenen Dienst ausgebildet und eingehalten wurde. In den

Anfangsjahren der Reformation stellte sich heraus, daß nahezu ohne Ausnahme die vorhandenen Bischöfe nicht bereit waren, im Sinn des reformatorischen Verständnisses ihr Aufsichtsamt zu führen. Gleichwohl hielt die Reformation im Grundsatz daran fest, daß es eines bischöflichen Dienstes zur Wahrung rechten Zusammenlebens der Gemeinden bedarf, – „daß“ – wie die Augsburgerische Konfession in Artk. 28 ausführt – „einer den anderen nicht ärgere, damit in der Kirche keine Unordnung oder wüstes Wesen sei; doch also, daß die Gewissen nicht beschwert werden“. Dabei wird betont, daß es „Gewalt und Befehl Gottes“ sei, „das Evangelium zu predigen, die Sünde zu vergeben und zu behalten und die Sakramente zu reichen und handeln“ (ebda.). Dieser göttliche Auftrag bestimmt Inhalt und Ausübung des bischöflichen Amtes, die mit der Lehre und Predigt von Gottes Wort und mit der Darreichung der heiligen Sakramente geschieht. Der Bischof soll sich daher nicht des Arms der weltlichen Gewalt bedienen, um über rechte Darbietung der Lehre Aufsicht zu führen. Sondern nach göttlichem Recht ist es Sache des bischöflichen Amtes, „das Evangelium predigen, Sünde vergeben, Lehre zu urteilen und die Lehre, so dem Evangelio entgegen, verwerfen“ – „ohn menschlichen Gewalt, sondern allein durch Gottes Wort“ (ebda.).

„Sine vi humana, sed verbo“ – mit dieser Anweisung ist die schlechthin bestimmende Orientierung genannt, nach der in der evangelischen Kirche bischöfliche Leitung und Aufsicht zu geschehen haben. Ein Bischof hat darauf zu sehen, daß in den ihm anvertrauten Gemeinden die unverkürzte Verkündigung des Evangeliums und die stiftungsgemäße Darreichung der Sakramente ausgerichtet werden. Doch weder hat er seinerseits bindende Lehrentscheidungen zu treffen noch kann er durch Ausübung von Jurisdiktion Anordnungen zwingender Art treffen. Das einzige Mittel, das ihm zur Verfügung steht, ist das brüderliche Wort, das er in seiner Predigt, in der Ermahnung und Beratung der Pfarrer und in seinem an die Gemeinden gerichteten Zuspruch zu sagen hat. Dabei ist das Zutrauen zur Kraft des Wortes Gottes groß genug, um sowohl den Bischof wie auch die Gemeinden dessen gewiß sein zu lassen, daß mit Hilfe dieses schwach und ohnmächtig erscheinenden Wortes, das doch in Wahrheit allein stark und kraftvoll ist, die Kirche Gottes erbaut und erhalten wird.

Der Bischof ist nach evangelischem Verständnis – wie Luther 1527 in seinem „Untericht der Visitatoren an die Pfarhern ym Kurfurstenthum zu Sachssen“ ausführt – „ein auff seher odder visitator und ein Ertzbischoff, der uber die selbigen auff seher und visitatores ist, darumb das ein iglicher Pfarher seine pfarkinder besuchen, warten und auff sehen sol, wie man da leret und lebet.“¹³⁾ Das Bischofsamt ist daher ein „besucheamptt“; und die Pfarrer werden dazu angehalten, „sich williglich, on zwanck, nach der liebe Art solcher visitation unterwerffen“¹⁴⁾. Melanchthon führt entsprechend in der „Verordnung des Superattendenten“ aus, er solle „vleissig auffmercken haben, das ynn den obbestimpten Pfarhen recht vnd Christlich geleret, vnd das wort Gottes, vnd das heilige Euangelion rein vnd treulich geprediget, vnd die leute mit den heiligen Sacramenten, nach aussatzung Christi seliglich versehen werden“.¹⁵⁾

Nach dieser Bestimmung ist bis heute das Amt der Aufsicht in den evangelischen Kirchen geordnet, indem – so nach der Verfassung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers – jeweils dem Superintendenten, dem Landessuperintendenten

und dem Landesbischof die Aufsicht bzw. geistliche Leitung über den ihm anvertrauten Bereich der Gemeinden übertragen ist.¹⁶⁾ Ihm steht deshalb in allen Gemeinden seines Aufsichtsbezirks das Kanzelrecht zu, so daß er im etwaigen Konfliktfall nicht erst darum nachsuchen muß, in der einen oder anderen Gemeinde das Wort nehmen und zurecht-rücken zu können, was an irrtümlicher Darbietung oder offenkundig falscher Auslegung kirchlicher Lehre durch den zuständigen Pfarrer vorgekommen sein mag. Das brüderliche Gespräch, der Besuch der Gemeinde und die vom Inhaber des Leitungs-amtes selbst vorgenommene öffentliche Auslegung des Evangeliums sind daher die Mittel, um über die rechte Weitergabe kirchlicher Lehre Aufsicht zu führen. Dabei ist freilich auch das Aufsichtsamt nicht imstande oder befugt, strittige Fragen abschließend so zu beantworten, daß keine weitere Erörterung mehr statthaft wäre, oder selbst neue Lehre zu setzen. Sondern der Aufseher oder Fürseher ist ebenso wie jeder einzelne Pfarrer in die Gemeinschaft derer hineingestellt, die sich miteinander im Hören auf das in der Heiligen Schrift bezeugte Wort Gottes darum bemühen, dessen bindende und allein gültige Aussage zu bestimmen und der Gemeinde darzulegen.

Man kann daher – mit T. Koch – „die notwendige Funktion des kirchenleitenden Lehramtes“ dahingehend beschreiben, daß seine Aufgabe „in der Sorge für das Bleiben in der einen Wahrheit und so in dem einen Geist der Gemeinschaftlichkeit im Glauben“ besteht.¹⁷⁾ Es hat „darauf zu dringen, daß sich alle theologische und kirchliche Lehre argumentativ auszuweisen sucht als Explikation oder als sachlich notwendige Weiterführung des in der Schrift Ausgesagten“.¹⁸⁾ Es „kommt seinen Aufgaben dadurch nach, daß es durch Stellungnahmen und durch Einleitung von Lehrgesprächen auf eine offene – auch für Nichttheologen offene –, aber um argumentative Inhalte bemühte Diskussion um die Wahrheit besteht. Es wird nicht Autorität gegen Argumente ausspielen.“¹⁸⁾

Was aber geschieht, wenn alle Bemühung um brüderliche Verständigung am Ende erfolglos bleibt? Melancthon gibt dem Superintendenten den Rat, wenn ein Prediger trotz aller Ermahnung nicht von seiner beanstandeten Lehre lassen wolle „vnd sonderlich zu erweckung falscher lere und des auffrhurs, so sol der Superattendens solchs vnuerzuglich dem Amptmann anzeigen“.¹⁹⁾ Da die Obrigkeit – was zunächst als vorübergehende Zwischenlösung vorgesehen war – sich um der Liebe willen der Aufgabe annehmen sollte, für die Einhaltung rechter Ordnung in der Kirche Sorge zu tragen, wird bei einem durch die Mittel kirchlicher Aufsicht nicht lösbaren Konflikt hinsichtlich der Darbietung rechter Lehre am Ende doch staatliches Eingreifen für möglich gehalten. Die Folge war, daß in der Zeit des Staatskirchentums faktisch obrigkeitliche Aufsicht über kirchliche Lehre eintrat – mochte sie nun nach dem Maßstab strenger Orthodoxie oder später auch liberalerem Verständnis folgend gehandhabt werden.

Erst als die Zeit des Staatskirchentums ihrem Ende entgegenging, begann man in den evangelischen Kirchen Regelungen zu treffen, die für den Fall vorgesehen sein sollten, daß ein Streit um die Auslegung kirchlicher Lehre sich mit Hilfe brüderlicher Beratung nicht würde lösen lassen. Dabei suchte man dafür Sorge zu tragen, daß eine derartige Auseinandersetzung nicht mit Hilfe disziplinarrechtlicher Bestimmungen entschieden werden sollte, da es bei Anstehen einer strittigen Frage der Lehre nicht darum geht, über Lebensführung und Verhalten eines Pfarrers zu befinden. Wenn auch bis-

weilen das eine vom anderen nicht ganz einfach zu unterscheiden sein mag, so sollte doch Vorsorge dafür getroffen werden, daß ein Verfahren, mit dessen Hilfe eine beschwerliche Auseinandersetzung zur Auslegung kirchlicher Lehre ausgetragen werden muß, keinen persönlichen Makel auf denjenigen fallen lassen sollte, dessen Lehre zu beanstanden ist.

Luther war sich auf der einen Seite – wie mehrere Predigten zum Gleichnis vom Unkraut unter dem Weizen zeigen – darüber im klaren, daß es bis zum Jüngsten Tage auch falsche Christen und Ketzerei geben werde.²⁰⁾ Auf der anderen Seite aber stand ihm vor Augen, daß die Gemeinden wenn irgend möglich davor bewahrt werden sollten, häretischer Predigt ausgeliefert zu sein, wobei als Ketzer derjenige bezeichnet wird, „der halbstarrig in einem artickel des glaubens yrret und das bekennet“ (WA 30 II, 422 und 426).²¹⁾ Die Verantwortung für die Gemeinden, die durch beharrlich vorgetragene falsche Lehre sich zu Recht beschwert fühlen müssen, führte darum dazu, daß nach langen Überlegungen und teilweise schwierigen Auseinandersetzungen ein Verfahren entwickelt wurde, das bei vorliegender Beanstandung der Lehre von Geistlichen die Möglichkeit bieten sollte, zu klärender Entscheidung zu gelangen.

IV.

Für die evangelische Kirche bleibt es eine schwer zu lösende Aufgabe, nach Versagen aller anderen Bemühungen die Einleitung eines Lehrbeanstandungsverfahrens in Betracht zu ziehen. Als zu Beginn dieses Jahrhunderts die Kirche der Altpreußischen Union ein „Kirchengesetz betreffend das Verfahren bei Beanstandung der Lehre von Geistlichen“ verabschiedete, war in der vorangehenden öffentlichen Diskussion scharfer Widerspruch erhoben worden. Der bekannte Lehrer des Kirchenrechts Rudolph Sohm machte geltend, nach evangelischem Verständnis gebe es keine unfehlbare Kirche und das Bekenntnis besitze in der protestantischen Kirche auch „keinerlei selbständige rechtliche Verpflichtungskraft“. Hingegen sei in der katholischen Kirche „das Bekenntnis (die Kirchenlehre) religiös und darum auch rechtlich von selbständiger Verpflichtungskraft“. „Denn die Kirche ist dem Katholiken unfehlbar.“ Wolle man einen kirchlichen Gerichtshof in der evangelischen Kirche einführen, so habe dieser „von Rechts wegen die höchste Lehrgewalt“, ja Macht über das Evangelium. Man müsse befürchten, daß man sich durch eine solche Einrichtung „auf dem besten Wege zum Katholizismus“ befinde. Überdies werde „das neue Verfahren die Zahl der Lehrprozesse vermehren“, „d. h. die Handhabung des Lehrzwanges“ werde steigen.²²⁾

Man wird füglich bestreiten dürfen, daß mit diesen kritischen Worten die kontrovers-theologische Unterscheidung zutreffend beurteilt wurde. Aber auch evangelischem Verständnis von Lehrautorität und Lehrfreiheit dürfte nicht in rechter Weise entsprochen worden sein. Jedenfalls wurde auch aus Kreisen liberal eingestellter Theologen Sohms Ansicht deutlich widersprochen, und A. v. Harnack erklärte, die Kirche, die ein Bekenntnis habe, müsse auch imstande sein, dieses zu schützen, sonst sei sie eine hilflose Gemeinschaft.²³⁾ Auch kam es nicht – wie als Befürchtung erwartet

worden war – dazu, daß das neue Gesetz die Zahl der sog. Lehrprozesse ansteigen ließ. Zwar führte die Behandlung des sog. Falles Jatho zu einer strittigen öffentlichen Diskussion, in der die Meinungen hart aufeinanderstießen. Aber die Anhänger einer nahezu unbegrenzten Liberalität mußten sich durch einen ausführlichen Artikel des sozialdemokratischen „Vorwärts“ vorhalten lassen, wie eine politische Partei nicht genötigt werden könne, ein Mitglied, das die Berechtigung ihrer Grundauffassungen bestreite, in ihrer Mitte zu dulden, so könne auch eine Kirchengemeinschaft nicht gezwungen werden, „priesterliche Funktionäre zu dulden, die ihre anerkannten Glaubenslehren leugnen oder diesen einen der allgemeinen Auffassung widersprechenden, fremden Sinn unterlegen“. „Was ist denn eine Kirchengemeinde?“ – so wurde im „Vorwärts“ gefragt und die Antwort gegeben: „Eine Gemeinschaft, die eine auf gewissen Glaubensgrundlehren begründete Gottesverehrung (Kultus) bezweckt: eine ‚Gemeinschaft der Gläubigen‘, wie es in der christlichen Terminologie heißt. Es ist aber ganz selbstverständlich, daß dieser Zweck vereitelt wird, wenn jene, die dazu bestimmt sind, diese Lehren zu verkünden, sie verneinen. Deshalb muß der Gemeinschaft das Recht zustehen, zur Durchführung ihres Zweckes solche ‚Nichtgläubigen‘ oder ‚Irrlehrer‘ vom Lehramt auszuschließen.“²⁴⁾

Nach dem Muster des Kirchengesetzes, wie es 1911 für Alt-Preußen beschlossen wurde, haben später eine Reihe von Landeskirchen ähnliche Bestimmungen getroffen und hat 1956 die Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-lutherischen Kirche Deutschlands eine Lehrordnung sowie ein Kirchengesetz über das Verfahren bei Lehrbeanstandungen verabschiedet, dessen Bestimmungen 1983 in einzelnen Punkten ergänzt bzw. genauer gefaßt worden sind. Dabei wird von der Erwartung ausgegangen, daß dieses Gesetz in der Regel mehr durch sein Vorhandensein als durch seine Anwendung wirksam sein werde.²⁵⁾ Denn zumeist werden Visitation, brüderliches Gespräch und theologische Überlegungen imstande sein, unterschiedliche Auffassungen über die Ausrichtung kirchlicher Lehre dahin zusammenzuführen, daß der *magnus consensus de doctrina evangelii* wiederhergestellt bzw. gewahrt wird. Oder aber ein Pfarrer, der sich mit der bei seiner Ordination übernommenen Verpflichtung nicht mehr im Einklang weiß, wird von sich aus die Konsequenz ziehen, seinen Beruf aufzugeben und damit an seinem Teil zur Klärung beizutragen. Nur in den wenigen Fällen, wo auf solche Weise eine Lösung nicht erreicht werden kann, wird ein förmliches Lehrbeanstandungsverfahren eingeleitet werden müssen.

Die Regelungen, die mit den genannten gesetzlichen Bestimmungen getroffen wurden, sollen dazu helfen, daß alle Auseinandersetzungen über sog. Lehrabweichungen am Ende einem positiven Ziel dienen: nämlich den Fundamentalkonsens wiederzufinden und den einzelnen Prediger zu einer korrigierten und vertieften Einsicht seines Predigtauftrags zurückzurufen. Dabei kommt es nicht darauf an, Satz für Satz einer Predigt kritisch zu analysieren. Und schon gar nicht kann es Absicht eines evangelischen Verständnisses von Bekenntnis und Lehre sein, den Prediger an einer engen Norm messen zu wollen. Vielmehr hat die theologische Auseinandersetzung, die nach rechtem Verständnis der einen Wahrheit des Evangeliums fragt, auf den *magnus consensus de doctrina evangelii* abzuheben, wie er im zusammenstimmenden „allein“ der

Botschaft des Evangeliums zusammenfassend ausgesagt ist: die Schrift allein – Christus allein – allein aus Gnaden – allein aus Glauben.

In einem Lehrbeanstandungsverfahren muß mit größter Sorgfalt vorgegangen werden. Nur wenn sehr hoch angesetzte Forderungen hinsichtlich der Durchführung des Verfahrens sowie einer qualifizierten Mehrheit, die das Entscheidungsgremium für seine abschließende Stellungnahme aufzuweisen hat, erfüllt sind, kann der Beschluß gefaßt werden, einen ordinierten Geistlichen wegen Beanstandung der von ihm vertretenen Darbietung christlicher Lehre von seinem Predigtamt zu entbinden. Dabei muß zweifelsfrei ermittelt sein, daß der betreffende Pfarrer in entscheidenden Punkten in Widerspruch zu Bekenntnis und Lehre der Kirche getreten ist, an seiner Meinung beharrlich festhält und die Anstöße auf keine andere Weise behoben werden konnten. Ist eine solche Situation gegeben, dann ist allerdings die Leitung der Kirche verpflichtet, ihre Verantwortung für die rechte Ausrichtung von Verkündigung und Lehre um der Gemeinden willen wahrzunehmen, damit die Wahrheit des Evangeliums nicht verfälscht, sondern so dargeboten wird, daß die froh und frei machende Botschaft von der Barmherzigkeit Gottes zu Gehör kommt und angenommen werden kann.

In den mehr als dreißig Jahren, in denen das Kirchengesetz über das Verfahren bei Lehrbeanstandungen in der Vereinigten Lutherischen Kirche in Gültigkeit steht, ist es nur ein einziges Mal erforderlich gewesen, es zur Anwendung zu bringen. In langwierigen Bemühungen, die sich durch Jahre hinzogen, hatte man versucht, mit dem Hamburger Pfarrer Dr. Paul Schulz trotz aller Meinungsverschiedenheiten zu einer tragfähigen Übereinkunft zu gelangen. Am Ende blieb kein anderer Weg, als in einem geordneten Lehrbeanstandungsverfahren festzustellen, daß der Pastor Dr. Paul Schulz „öffentlich durch Wort und Schrift in der Darbietung der christlichen Lehre in entscheidenden Punkten in Widerspruch zum Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche getreten“ ist und daran beharrlich festhält, so daß er nicht mehr fähig ist, „eine amtliche Tätigkeit im kirchlichen Dienst auszuüben“.²⁶⁾ Im Lauf der Verhandlungen, die während dieses Verfahrens zu führen waren, stellte sich mit zunehmender Deutlichkeit heraus, daß P. Schulz sich nicht nur in der Beurteilung von Einzelfragen in Widerspruch zur Lehre der Kirche befand, die auszurichten er bei seiner Ordination zugesagt hatte, sondern daß es sich um einen Fundamentaldissens handelte, der wohl in jeder anderen christlichen Kirche gleichfalls dazu hätte führen müssen, ihm das Predigtamt zu entziehen.

Diesen Dissens hat M. Honecker in einem kritischen Bericht über das Lehrbeanstandungsverfahren so beschrieben: „Wenn es keinen Gott gibt, wenn Gott nur ‚Hoffnung auf das Bessere‘ ist, dann kann er auch nicht in Jesus begegnen, sondern ist Jesus nur Darstellung eines unter Menschen zu verwirklichenden ‚Prinzip Liebe‘. Eine Hoffnung über den Tod hinaus wird ohne Gott ebenso bodenlos, wie das Gebet sinnlos wird; die Kirche bildet dann nur noch eine ‚communio humana‘, in der Menschen miteinander das Prinzip Liebe verwirklichen.“²⁷⁾ Ist auf der einen Seite Schulz zuzuerkennen, er sei „konsequent in den Folgerungen, die er aus seinem Gottesverständnis zieht“, so wird auf der anderen Seite festgestellt: „Das Spruchkollegium hat darum, zurecht, darauf hingewiesen, daß grundlegende Glaubensaussagen ohne Gott als Grund und

Ziel des Glaubens sinnlos werden und allenfalls umfunktioniert weiter tradiert werden können.“²⁸⁾

Es hat sich erwiesen, daß durch das Vorhandensein einer Lehrordnung und eines ihr entsprechenden Lehrbeanstandungsgesetzes auch in neuerer Zeit keineswegs entsprechende Verfahren in größerer Häufigkeit angestrengt wurden. In der Regel werden Visitation, brüderliches Gespräch und theologische Auseinandersetzung dazu helfen, kritische Bedenken zu klären und die gemeinsam zu verantwortende Ausführung des der Kirche gestellten Auftrags zu festigen bzw. wiederherzustellen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß zur rechten Wahrnehmung kirchlicher Verantwortung, an der auch akademische Lehrer der Theologie teilnehmen, nicht zuletzt die Erörterungen gehören, die in kritischen Rezensionen und öffentlichem Widerspruch gegen allerlei unsinnige Thesen und Theorien geltend zu machen sind.²⁹⁾

Die Freiheit, die dem theologischen Lehrer wie dem Prediger des Evangeliums zur Führung seines Amtes eröffnet ist, gründet in dem ihm erteilten Auftrag, in Bindung an Schrift und Bekenntnis das Evangelium auszulegen und zu bezeugen. Diese Freiheit stellt ein hohes Gut dar, das pfleglicher Behandlung von seiten aller bedarf, die in der Kirche Verantwortung tragen. Sie darf jedoch nicht als Freibrief mißverstanden werden, als wäre damit für den Prediger uneingeschränkte Beliebigkeit eröffnet worden. Vielmehr muß – wie G. Hoffmann bei der Einbringung des Lehrbeanstandungsgesetzes 1955 vor der lutherischen Generalsynode erklärt hat – „dieselbe Kirche, die jeden Zwang in Glaubenssachen ablehnt ... mit Ernst über dem Worte und seiner rechten Verkündigung wachen“.³⁰⁾ Entgegen bisweilen geäußerten Mißverständnissen ist festzuhalten, daß es nicht nur in der römisch-katholischen, sondern auch in der evangelischen Kirche Lehramt und Lehrautorität gibt. Diese ist jedoch nach evangelischem Verständnis „der ganzen Kirche zur verantwortlichen Ausübung übertragen, nicht als Vorrecht bestimmter Organe oder gar als Privileg eines hierzu ausgesonderten Standes“.³¹⁾ Denn es ist „nicht nur unabdingbares Recht, sondern auch Pflicht einer christlichen Gemeinde, Lehre zu beurteilen“.³²⁾ Dabei ist „alle Prüfung der kirchlichen Lehrverkündigung“ so vorzunehmen, „daß dadurch dem Urteil des Evangeliums Raum gegeben wird“, damit „das Wort Gottes Heiliger Schrift, der einig Richter, Regel und Richtschnur“ bleibt, wie es die Konkordienformel vom summarischen Begriff sagt, nach dem alle Lehre zu beurteilen ist.³³⁾

Wollte man das Bedenken geltend machen, eben diese kritische Norm des Wortes Gottes sei doch überaus schwer zu bestimmen, so mag solcher Einwand mit J. Baur zurückgewiesen werden: „Wenn das Wort der Schrift klar und ausreichend ist, unser Heil zu tragen, dann ist es auch eindeutig genug, undeutliches und falsches Wort zu beurteilen.“³⁴⁾ „Letzter Inhaber der Lehrgewalt ist“ darum „nach evangelischer Auffassung das Wort Gottes selbst“.³⁵⁾ Geht es doch bei allen Bemühungen, rechte Lehre auszurichten und festzustellen, um nichts anderes, als „daß in der Kirche als der Herde des guten Hirten die Stimme dieses Hirten, und sie allein, laut und rein gehört werde“.³⁶⁾

Anmerkungen

- 1) Die Fülle einschlägiger Veröffentlichungen kann hier nicht im einzelnen aufgeführt werden. Auf manche neueren Darlegungen wird im folgenden Bezug zu nehmen sein. Reich an Informationen und Literaturhinweisen ist die Sammlung und Kommentierung einschlägiger Texte von W. Härle / H. Leipold, *Lehrfreiheit und Lehrbeanstandung*, I. Theologische Texte; II. Kirchenrechtliche Dokumente, Gütersloh 1985; im folgenden zitiert als Härle-Leipold.
- 2) BSLK 421.
- 3) W. Pannenberg, *Systematische Theologie I*, Göttingen 1988, 24.
- 4) Zitiert nach K. Barth, KD I 2, 809. Vgl. zur Sache J. Baur, *Lehre, Irrlehre, Lehrzucht*, in: *Einsicht und Glaube. Aufsätze*, Göttingen 1978, S. 237.
- 5) *Epitome*, von dem summarischen Begriff 1, BSLK 767 f.
- 6) BSLK 491.
- 7) Vgl. Leipold, in: *Leipold-Härle I*, 38; dort im folgenden entsprechende Belege.
- 8) Leipold, ebda.
- 9) So nach der Agenda IV, herausgegeben von der Kirchenleitung der VELKD, Ausgabe Hannover 1987, S. 21. Zu entsprechenden Formulierungen in anderen Kirchenordnungen vgl. Härle-Leipold II, 34–50.
- 10) Pannenberg, a.a.O. (siehe Anm. 3), 23.
- 11) So der Doktoreid der Theologischen Fakultät Göttingen; vgl. Härle-Leipold II, 20; weitere zu vergleichende Formulierungen ebda. 11–20.
- 12) *Verfassung der Landeskirche in der Fassung vom 1. Juli 1971*, Artk. 1.
- 13) WA 26, 195–201; vgl. Härle-Leipold II, 57.
- 14) Ebda. 59.
- 15) *Melanchthons Werke in Auswahl*, ed. R. Stupperich I, Gütersloh 1951, S. 264; vgl. Härle-Leipold II, 59.
- 16) *Fassung* (siehe Anm. 12) vom 1. Juli 1971, Artk. 53, 62–64, 68–69.
- 17) T. Koch, *Die Freiheit der Wahrheit und die Notwendigkeit eines kirchleitenden Lehramtes in der evangelischen Kirche*, ZThK 82 (1985) 231–250, hier 247.
- 18) Koch, ebda. 249.
- 19) a.a.O. (vgl. Anm. 15), 265; Härle-Leipold II, 59.
- 20) Vgl. seine *Predigt aus der Fastenpostille von 1525*, WA 17 II, 124 f., Härle-Leipold I, 28 f., ferner ebda. 31–34.
- 21) Härle-Leipold I, 57.
- 22) R. Sohm, *Der Lehrgerichtshof*, in: *Protestantenblatt* 44 (1909) 1252–1254 = Härle-Leipold I, 118–120.
- 23) A. v. Harnack, *Für das Spruchkollegium*, in: *Christliche Welt* 25 (1911) Nr. 14 = Härle-Leipold I, 126 f.
- 24) So im: *Vorwärts*, Berliner Volksblatt, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 5. Juli 1911: „Der Fall Jatho und die kirchlich-liberale Richtung“ = Härle-Leipold I, 128–130.
- 25) So G. Hoffmann bei der Einbringung der entsprechenden Vorlage vor der Generalsynode der VELKD am 26. 4. 1955, in: *Lutherische Generalsynode 1955*, Hannover 1956, 64–89 = Härle-Leipold I, 133–146, hier 133.
- 26) Spruch vom 21. Februar 1979. Vgl. „Niederschrift über das Feststellungsverfahren nach dem Kirchengesetz der Vereinigten Ev.-luth. Kirche Deutschlands über das Verfahren bei Lehrbeanstandungen vom 16. Juni 1956 gegen Pastor Dr. Paul Schulz, Hamburg, in Hannover vom 14. 11. 1977 bis 21. 2. 1979“, *Lutherisches Kirchenamt Hannover 1979*. Zum Entscheid des Spruchkollegiums vgl. auch Härle-Leipold II, 174–178; weitere Angaben, insbesondere zu den Veröffentlichungen von P. Schulz sowie Äußerungen zum Verfahren ebda. 172 f. sowie 179–203.

- ²⁷⁾ M. Honecker, Systematische Theologie: Zur Diskussion um die Gottesfrage, ThR NF 45 (1980) 360–381, hier 365.
- ²⁸⁾ Honecker, ebda.
- ²⁹⁾ Vgl. W. A. Visser't Hooft, Lehrer und Lehramt in der Kirche, Frankfurt/M. 1986, 138: „Der allgemein anerkannte Weg, theologische Anschauungen zu korrigieren, die den zentralen christlichen Aussagen widersprechen, ist der Prozeß gegenseitiger Kritik innerhalb des theologischen Berufsstandes.“
- ³⁰⁾ Hoffmann, a.a.O. (vgl. Anm. 25) = Härle-Leipold II, 136.
- ³¹⁾ Hoffmann, ebda. 141.
- ³²⁾ Hoffmann, ebda. 142.
- ³³⁾ So nach der Erklärung der VELKD „zur Lehrverpflichtung und Handhabung der Lehrgewalt“ vom 16. 6. 1956, Abs. III.
- ³⁴⁾ J. Baur, a.a.O. (vgl. Anm. 4), 235.
- ³⁵⁾ Hoffmann, a.a.O. 139.
- ³⁶⁾ Hoffmann, ebda. 146.